

Sitzungsvorlage öffentlich
Nr. GR/2022/057

Abteilung 150 - Gremien und
Öffentlichkeitsarbeit

Federführung: Waibel, Fabian
Telefon: +49 7021 502-558

AZ: 022.133
Datum: 07.04.2022

Neubesetzung von Gremien aufgrund zweier Wechsel im Gemeinderat

- **Besetzung der beschließenden Ausschüsse**
- **Entsendung von Mitgliedern des Gemeinderates in weitere Gremien**
- **Besetzung der Fachforen**

GREMIUM	BERATUNGSZWECK	STATUS	DATUM
Ausschuss für Bildung, Soziales und Bürgerdienste (BSB)	Vorberatung	nicht öffentlich	26.04.2022
Gemeinderat	Beschlussfassung	öffentlich	04.05.2022

ANLAGEN

- Anlage 1 - Besetzung der externen Gremien, in die der Gemeinderat Mitglieder entsendet (ö)
- Anlage 2 - Besetzung der beschließenden Ausschüsse des Gemeinderates (ö)
- Anlage 3 - Beratende Gremien des Gemeinderates (ö)

BEZUG

- Antrag von Stadträtin Renata Alt auf Ausscheiden aus dem Gemeinderat und Nachrücken von Herrn Jens Hildebrandt ebenfalls in dieser Sitzungsrunde (Sitzungsvorlage GR/2022/030).
- Antrag von Stadtrat Michael Peter Gänßle auf Ausscheiden aus dem Gemeinderat und Nachrücken von Herrn Michael Haug ebenfalls in dieser Sitzungsrunde (Sitzungsvorlage GR/2022/034).

BETEILIGUNGEN UND AUSZÜGE

Beglaubigte Auszüge an: 150

Mitzeichnung von: BMin, EBM

Dr. Bader
Oberbürgermeister

STRATEGISCHE AUSRICHTUNG

Die Entwicklung der Stadt Kirchheim unter Teck ist nachhaltig. Eine zeitgemäße Infrastruktur und miteinander in Einklang stehende stadtplanerische Entwicklungen, sind Grundlage hierfür. Zentrale Voraussetzung ist die Gestaltung und Sicherung einer zukunftsfähigen Haushalts- und Finanzwirtschaft. Die sich stets ändernden Rahmenbedingungen werden berücksichtigt.

Handlungsfelder

Priorität 1

- Wohnen und Quartiere
- Bildung
- Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und Energie

Priorität 3

- Gesellschaftliche Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement
- Kultur, Sport und Freizeit
- Gesundes und sicheres Leben

Priorität 2

- Wirtschaft, Arbeit und Tourismus
- Mobilität und Versorgungsnetze
- Umwelt- und Naturschutz

Priorität 4

- Moderne Verwaltung und Gremien

Betroffene Zielsetzungen

- Die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Gremien ist effektiv und effizient.

AUSWIRKUNGEN AUF DAS KLIMA

<input checked="" type="checkbox"/> <u>Keine Auswirkungen</u>	<i>Hinweise: t CO₂ äq/a = Tonnen Kohlendioxidäquivalente pro Jahr; Bei einer erheblichen Erhöhung sind Alternativen zur Verringerung der CO₂-Emissionen im Textteil dargestellt und das Klimaschutzmanagement wurde beteiligt.</i>
<input type="checkbox"/> <u>Positive Auswirkungen</u>	<input type="checkbox"/> <u>Negative Auswirkungen</u>
<input type="checkbox"/> Geringfügige Reduktion <100t CO ₂ äq/a <input type="checkbox"/> Erhebliche Reduktion ≥100t CO ₂ äq/a	<input type="checkbox"/> Geringfügige Erhöhung <100t CO ₂ äq/a <input type="checkbox"/> Erhebliche Erhöhung einmalig ≥100t CO ₂ äq <input type="checkbox"/> Erhebliche Erhöhung langfristig ≥10t CO ₂ äq/a

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

Einmalig:	In der Folge:
-----------	---------------

- Finanzielle Auswirkungen
- Keine finanziellen Auswirkungen

- Finanzielle Auswirkungen
- Keine finanziellen Auswirkungen

Teilhaushalt	
Produktgruppe	
Kostenstelle/Investitionsauftrag	
Sachkonto	

Teilhaushalt	
Produktgruppe	
Kostenstelle/Investitionsauftrag	
Sachkonto	

Ergänzende Ausführungen:

ANTRAG

Beschluss über die Neubesetzung der beschließenden und beratenden Ausschüsse sowie der Gremien, in die der Gemeinderat Mitglieder entsendet, im Wege der Einigung

ZUSAMMENFASSUNG

Durch das Ausscheiden von Stadtrat Michael Peter Gänßle und Stadträtin Renata Alt aus dem Gemeinderat und das Nachrücken von Herrn Michael Haug sowie Herrn Jens Hildebrandt ist eine Neubesetzung der Gremien notwendig.

Gemäß § 40 Abs. 2 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) bzw. § 2 Abs. 6 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Kirchheim unter Teck vom 24.07.2019 kann der Gemeinderat die Besetzung seiner Ausschüsse im Wege der Einigung festlegen.

ERLÄUTERUNGEN ZUM ANTRAG

Laut Kommentar (Kunze, Bronner, Katz) geht die GemO davon aus, dass über die Zusammensetzung der beschließenden Ausschüsse in der Regel Einigung erzielt wird und zwar in dem Sinne, dass die im Gemeinderat vertretenden Parteien und Wählervereinigungen im entsprechenden Verhältnis auch in den Ausschüssen zum Zug kommen. Dabei wird meist so gewählt, dass ein Vorschlag über die Verteilung der Sitze auf die Parteien und Wählervereinigungen eingebracht wird und von den Fraktionen Vorschläge über die von ihnen vorgeschlagenen Stadträte als ordentliche Mitglieder und Stellvertreter gemacht werden. Diese Vorschläge werden durch offene Wahl (Akklamation) angenommen. Diese Form der Beschlussfassung erfordert allerdings Einstimmigkeit. Das bedeutet, dass alle anwesenden Stimmberechtigten (einschließlich des Oberbürgermeisters) dem Vorschlag über die Verteilung der Sitze und die personelle Besetzung zustimmen müssen. Wenn nur eine Person dagegen ist oder sich der Stimme enthält, ist eine Einigung nicht zustande gekommen.

§ 2 Abs. 6 der Geschäftsordnung des Gemeinderates vom 24.07.2019 trägt diesem Gedanken Rechnung und erstreckt ihn auf Ausschüsse im Allgemeinen und die Entsendung von Vertretern in die Organe öffentlich-rechtlicher Körperschaften, von Verbänden, Beteiligungsunternehmen oder sonstigen Organisationen. Laut Geschäftsordnung sollen die Fraktionen „im Verhältnis ihrer Sitze im Gemeinderat berücksichtigt werden. Ihren Anträgen soll hinsichtlich der vorgeschlagenen Person möglichst entsprochen werden“.

In Absprache mit den Fraktionen CDU und FDP/KiBü schlägt die Verwaltung die Neubesetzung der Ausschüsse, sowie der Gremien, in die der Gemeinderat Mitglieder entsendet, wie in den Anlagen 1 bis 3 zur Sitzungsvorlage GR/2022/057 dargestellt, vor.

Es wird folgende Vorgehensweise vorgeschlagen:

- Vorberatung im Ausschuss für Bildung, Soziales und Bürgerdienste (BSB) am 26.04.2022
- Entscheidung im Gemeinderat am 04.05.2022

Kommt eine Einigung über die Zusammensetzung nicht zustande, werden die Mitglieder vom Gemeinderat auf Grund von Wahlvorschlägen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl unter Bindung an die Wahlvorschläge gewählt (§ 40 Abs. 2 S. 1 GemO). Auf das aufwändige Prozedere wird hingewiesen.